



Wiener Gemeinderat debattiert über Bildung (1/2)

Wiener Gemeinderat debattiert über Bildung

Die aktuelle Bildungsdebatte wird am Mittwoch (26. Jänner) auch den Wiener Gemeinderat erreichen: Die Aktuelle Stunde, die in der ersten Sitzung des neuen Jahres die SPÖ innehat, trägt den Titel "Die Schule der Zukunft entsteht in Wien".

Erwartet werden unter anderem Wortgefechte zur - von Rot-Grün forcierten - Ganztags- und Neuen Mittelschule, da ÖVP und FPÖ diesen Schulformen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Darüber hinaus wird die städtische Subventionskultur für rege Diskussionen sorgen.

Die Vergabe von Fördermitteln wird bereits in der Fragestunde Thema sein. Hier möchte die FPÖ von Bürgermeister Michael Häupl (S) wissen, ob "trotz Finanzkrise und schwieriger finanzieller Lage der Stadt" eine Ausweitung der Vereinsförderung in den kommenden Jahren zu erwarten sei. Außerdem werden ÖVP und FPÖ einen gemeinsamen Antrag einbringen, in dem die Erstellung eines jährlichen, öffentlich einsehbaren Subventionsberichts seitens des Ressorts von Integrationsstadträtin Sandra Frauenberger (S) gefordert werde.

Dieser solle genau auflisten, welche Vereine und Institutionen wie viel an finanzieller Unterstützung erhalten - inklusiver entsprechender Begründungen. Darüber hinaus müsse die Personalstruktur der Geldempfänger durchleuchtet werden, da es sich hierbei oft um "SPÖ-Günstlinge" handle, mutmaßte FP-



Wiener Gemeinderat debattiert über Bildung (2/2)

Klubchef Johann Gudenus in einer Pressekonferenz am Dienstag. Insgesamt gehöre das Wiener "Subventionsunwesen" abgestellt.

Subventionen im Bereich Integration

Subventionen im Bereich Integration stehen in der morgigen Sitzung zuhauf auf der Tagesordnung. So werden beispielsweise fünf- bis sechstellige Summen für den Anti-Rassismus-Verein ZARA, das Integrationshaus oder die Frauenberatungseinrichtung "Orient Express" beschlossen. Zudem wird die Stadtrregierung eine Förderung von rund 1 Mio. Euro für Reinigungszwecke der Wiener Rettung (MA 70) absegnen. Außerdem werden beispielsweise für die Kunsthalle knapp 4,2 Mio. Euro oder für den Wiener Tourismusverband rund 4,8 Mio. Euro locker gemacht. Anlässlich einer 34,7 Mio. Euro schweren Vereinbarung zwischen der für Gesundheit und Soziales zuständigen Magistratsabteilung 40 und dem Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) soll laut Rathauskorrespondenz auch über die Behandlung nicht versicherter Patienten debattiert werden.

Beschäftigen werden sich die Mandatäre auch mit dem Zeitplan der Verkehrsanbindung der künftigen Seestadt Aspern durch die Südosttangente (A23) und die Wiener Außenring Schnellstraße (S1), mit dem Freiwilligen-Jahr sowie dem Schutz der Kleingärtner. Um letzteren sorgt sich die FPÖ, die dazu eine Dringliche Anfrage an Wohnstadtrat Michael Ludwig (S) angekündigt hat.

Tags darauf, am Donnerstag, trifft dann der Wiener Landtag zusammen. Ein genauer Ablauf liegt noch nicht vor. Für die Aktuelle Stunde wird jedenfalls die ÖVP das Thema vorgeben. Sie will dabei einmal mehr über eine Wahlrechtsreform diskutieren. Die FPÖ kündigte zudem an, in Form eines Dringlichen Antrages die Einrichtung einer "Gewalt-Transparenzdatenbank" durch die Polizei zu fordern. Auf diese solle die Jugendwohlfahrt uneingeschränkt Zugriff haben, um einen "Fall Cain" in Wien zu verhindern.